

Platzjabbeck



Nr. 6, Juni 2001

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,
endlich scheinen auf Bundesebene die letzten Hindernisse für eine Entschädigung der Zwangsarbeiter ausgeräumt worden zu sein. Die Notwendigkeit einer schnellen Auszahlung der Entschädigung wurde eindrucksvoll bei dem kürzlichen Besuch ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter in Köln deutlich. Nach jahrelangem Drängen der Arbeitsgruppe Messelager im NS-Dokumentationszentrum lädt die Stadt Köln seit einigen Jahren regelmäßig Verfolgtengruppen ein. (siehe S. 3 und 4)

Auch in Köln leben viele Hilfsbedürftige. Um zielgruppenorientierte Hilfestellungen besser gewährleisten zu können, veröffentlicht die Stadt Köln einen sogenannten Sozialbericht. Darin wird detailliert aufgelistet, welche Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße von Armut betroffen sind. Seit 1998 ist kein Sozialbericht mehr veröffentlicht worden. Die Ratsgruppe der PDS-OL fragte daher in der vorletzten Sitzung des Sozialausschusses nach (s. Platzjabbeck 5/01) und forderte eine entsprechende Fortschreibung. Für die nächste Ratssitzung haben wir einen förmlichen Antrag auf Fortschreibung gestellt.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld in der Ratsarbeit ist die zukünftige Stadtentwicklung.

Der Ausschuss beschäftigt sich gegenwärtig mit Sanierungsgebieten in den Stadtvierteln Bocklemünd/Mengenich und Finkenbergring in Porz. Wir werden darauf drängen, dass im Rahmen von Abwägungsentscheidungen die soziale Komponente ein besonderes Gewicht erhält.

Ein weiteres Thema ist ein ICE-Anschluss für Deutz. Am 20. Juni 2001 werden wir in unserer Ratsgruppen-Sitzung einen Referenten dazu hören. Die Einladungen gehen Euch noch gesondert zu. Bitte merkt Euch aber bereits jetzt den Termin vor! Vielen Spaß beim Lesen! Bis zum nächsten Mal!
Eure Sengül Senol

Grenzwerte für UMTS-Anlagen runtersetzen!

Auf der Ratssitzung am 15. Mai wurde gegen die Stimmen der PDS Offenen Liste die Errichtung von drei Mobilfunksendemasten ohne Diskussion beschlossen. Das hat die PDS-OL dazu bewogen, einen Antrag im Rat zu stellen, der die Erstellung einer Standortliste vorsieht und dafür eintritt, die bestehenden Verträge einzufrieren, bis klar ist, welche gesundheitlichen Schäden durch die Errichtung der Antennenanlagen eintreten können. In den letzten Wochen gab es zu diesem Thema auch eine Anfrage der SPD und auf Initiative des Gesundheitsamtes einen Beschluss des Stadtvorstandes, keine Mobilfunk-Anlage auf Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern zu errichten. Die Frage ist, wie kann der Rat eine glaubhafte Vorsorge im gesamten Stadtgebiet organisieren? Viele Kölnerinnen und Kölner sind besorgt.

Im Mai letzten Jahres hat das ECOLOG-Institut seinem Auftraggeber, der T-Mobil, dem Mobilfunk-Tochterunternehmen der Deutschen Telekom, sein Gutachten über „Mobilfunk und Gesundheit“ übergeben. T-Mobil hatte eine öffentliche Diskussion über das Ergebnis der Studie zugesagt. Nachdem nichts geschah, hat dieses Institut das Gutachten selber veröffentlicht und wird es am 2. Juli bei einer öffentlichen Anhörung des Deutschen Bundestages zu Mobilfunk vertreten. Das Institut stellt in seinem Gutachten fest:

„Um den Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen der Felder des Mobilfunks zu verbessern, brauchen wir in Deutschland deutlich niedrigere Vorsorgegrenzwerte, wie sie bereits in einigen europäischen Nachbarländern gelten. Die Erfahrungen dort zeigen, dass die Nutzung der Mobilfunktechnologie und ein vorsorgender Gesundheitsschutz vereinbar sind.“

Die bisherigen Sicherheitsgrenzwerte betragen in Deutschland 2 und 9 Watt/pro m². Wobei die Bundesregierung eine Novellierung der Bundesimmissionsschutzverordnung seit zwei Jahren ankündigt. Auf eine Anfrage der PDS-Bundestagesfraktion erklärte

sie am 10. April dieses Jahres:

„In diesem Zusammenhang ist vorgesehen, Schutzregelungen, die den gesamten Frequenzbereich der elektromagnetischen Felder erfassen, sowie Regelungen zur Vorsorge in die Verordnung aufzunehmen.“

Das besagte ECOLOG-Institut, aber auch andere Umweltorganisationen, fordern Grenzwerte von 0,1 Watt/pro m² in der Nähe von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern. Das ist aus gesundheitlichen Gründen nötig. Ansonsten 0,5 Watt/pro m², weil diese Werte zur Zeit technisch umsetzbar und möglich sind.

Auch der Bayerische Städtetag fordert eine deutliche Herabsetzung der Grenzwerte. Die Kommunen müssen Druck auf die Mobilfunkkonzerne ausüben, damit die Grenzwerte gesenkt werden. Druck ausüben können wir als Kommune nur, wenn wir die bestehenden Verträge einfrieren und die Betreiber zum Nachdenken bringen.

Durch die neue Entscheidung der Regulierungsbehörde, dass UMTS-Betreiber gemeinsam Antennenanlagen nutzen können, sparen die Konzerne bis zur 40% der Kosten. Diese Geld sollen die Konzerne sofort in Investitionen zur Senkung der Grenzwerte investieren. Auch aus diesem Grund macht ein Moratorium einen Sinn. Jörg Detjen



Straßenstrich: nach Deportation in die Konzentration – Bums-Lager für Huren und Freier an der Geestemünder Straße. Mit Millionenaufwand soll dort ein „Hochsicherheitsbereich“ für die Ware Liebe eingerichtet werden. Unser Bild zeigt die „Verrichtungsstelle“, in der Stichboxen – so die offizielle Bezeichnung – benutzt werden können. Foto: breu

Teure Erkenntnisse

Im vergangenen Jahr wurden die Preise für das Schulessen erhöht. Mit der Diskussion über die Zumutbarkeit dieser Erhöhungen und die Gefahr, dass viele eigentlich dringend auf das Essen angewiesene Kinder und Eltern die Kinder vom Essen abmelden könnten, hat das öffentliche Interesse seit langer Zeit wieder einmal auf das Schulessen gelenkt. Grund genug für die Verwaltung, einen „Arbeitskreis Schülermittagessen“ zu bilden mit dem Auftrag, ein Konzept für die „zukünftige Gestaltung der Schülermittagessen an Gesamtschulen“ zu erarbeiten. Bevor das erstellt werden kann, müssen natürlich ein paar Voraussetzungen geklärt werden. Was können z.B. die vorhandenen Küchen leisten, und was wird überhaupt gebraucht?

Dass Mensaküchen, die vor 20 oder 25 Jahren beim Bau der Gesamtschulen eingerichtet wurden, nicht mehr auf dem neuesten Stand sind, lässt sich eigentlich an fünf Fingern abzählen, die Pächter bzw. die Köche könnten sicher schnellstens praktische Wunschlisten aufstellen.

Stattdessen wird ein „unabhängiges Ingenieurbüro“ beauftragt, für schlichte 30.000,- DM den Ist-Zustand der sechs (!) bestehenden Küchen festzustellen und Sanierungsmaßnahmen nebst Kostenschätzungen vorzuschlagen

Nicht weniger großzügig sollen die Konsumentenwünsche ermittelt werden. Dazu muss eine „Marketinganalyse“ her. Da es sich um ein lt. Verwaltungsaussage „einmaliges Projekt in Deutschland“ handelt, ist das natürlich auch nicht billig – 70.000,- DM wird es kosten.

Wie gesagt, löblich, dass die Endverbraucher gefragt werden – aber gibt's nicht schon landauf, landab, ähnliche Untersuchungen von verschiedenster Seite und unter verschiedensten Aspekten – von Gesundheitsämtern, Nahrungsmittelindustrie, Zeitschriften u.a.? Aber in Köln ist ja bekanntlich immer alles anders, von daher ist's vermutlich gut, dass noch ein Gutachten daherkommt. Bleibt der Wunsch an alle: „Wohl bekomm's!“ *hum*

■ Mülheimer Stadtgespräche

Umbaupläne – was ist noch drin?

Am 22. Mai veranstaltete die Ortsgruppe der Mülheimer PDS in der MütZe wieder eines ihrer „Mülheimer Stadtgespräche“. Das Thema diesmal: Umbau Mülheim - Ist für die Bürgerinnen und Bürger noch was drin? Auf dem Podium saßen Michael Birkenbeul vom SSM und Sengül Senol, Mitglied des Rates und des Ausschusses für Stadtentwicklung. Der Vertreter der Verwaltung – Amt für Stadtansanierung und Baukoordination-, der ursprünglich zugesagt hatte, ließ sich noch rechtzeitig vorher

Auf neuen Wegen im RJM

Im Frühsommer 2005 wird es soweit sein: das landesweit einzige Völkerkundemuseum wird in einen Neubau in Nachbarschaft zur VHS und Museum Schnütgen umziehen. Vom Grundsatzbeschluss im Rat bis zur schlüsselfertigen Übergabe des Hauses an seinen Hausherrn, Dr. Klaus Schneider, sind dann knapp zehn Jahre vergangen. Am 3. Juli 2001 fällt im Rat der Baubeschluss, und dann kann noch vor den Ratsferien 2002 mit dem Abbruch der auf dem Museums Gelände bestehenden Bauwerke – Kunsthalle, VHS-Foren – begonnen werden, um Raum für das neue Haus zu schaffen. Der Neubau kostet 123,7 Mio. DM. Die Stadtkämmerei kalkuliert den Kostendeckel dennoch mit knapp 120 Mio. DM, weil die Kostenentwicklung im Baugewerbe auch mittelfristig nur langsam fortschreitet. Das Land NRW trägt mit 47 Mio. DM (37 Mio. Museums-, 10 Mio. DM Städtebau-Förderung) zur Finanzierung bei. Geldverschwendung? Nein. Geldanlage? Ja!

Dafür steht ein neues inhaltliches Konzept, das sich von der in diesen Museen üblichen geographischen Ordnung nach Kontinenten und „Entdeckungen“ unterscheidet. In der Tat: was die Menschen heutzutage verbindet oder trennt, sind weniger räumliche, denn eher thematische Abstände. So setzt das Ausstellungskonzept konsequent auf eine themenbezogene und kulturvergleichende Gliederung. Leitgedanke ist dabei die Straße, die man nach Verlassen der Wohnung betritt.

Auf ihr erfährt der Passant die Fremde, die verunsichert und bereichert, Neues zulässt und überrascht. Im Neubau geht der Besucher auf die „Straße“ und beginnt seine Reise durch fremde Welten – die Straße als solche bleibt ihm bekannt. Diese Straße führt auch zu Plätzen. Plätze, rund oder

eckig, sind Orte des Verweilens, Treffpunkte: Marktplätze, Spielplätze, Sportplätze, Kundgebungsplätze. Wie wahr: der Platz ist Sinnbild von Öffentlichkeit schlechthin. Es geht weiter vorbei an Häusern, durch Tore.

Begonnen wird mit dem Themenzyklus „Formen der Kommunikation“ – ein einprägsamer Ausstellungstitel fehlt noch. Am Anfang des Rundgangs über „Straßen, Plätze und Tore“ steht die „Begrüßung“ als weltweit von Kultur zu Kultur unterschiedliche Form der Begegnung zwischen Menschen. Sodann werden ausschnittsweise weitere Formen zwischenmenschlicher Kommunikation nacherlebbar, darunter auch Gewalt und Konflikt, Versöhnung und Ausgleich.

Diese erste Dauer-Wechselausstellung verspricht wirksame Impulse gegen Fremdenfurcht, Fremdenhass und Fremdenfeindlichkeit auszulösen. Viele Besucher werden sich auf diesen „Straßen“ treffen. Es ist ein zielstrebigere Weg, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Fremde Kulturen werden in diesem Haus der Weltkulturen ein schützendes Dach finden. Das RJM begegnet mit seiner wissenschaftlichen Begleitung in entschiedener und dennoch unakademisch sinnlicher Weise Ansätzen und Auswüchsen von Rechtsextremismus, Ausländerfeindseligkeit und Chauvinismus. All das, was dereinst Missionare, Kolonialisten und Weltenbummler aus dem bestaunten und zugleich verachteten Ausland im Reisegepäck in die Völkerkunde-Museen verschleppten, wird nun endlich neu gesehen werden können. Und damit steht der Museumsbesucher wieder am Anfang seiner „Straße“ kultureller Vielfalt, er geht in die „andere Straße“ und wirft im Vorübergehen einen „befremdeten“ Blick auf das deutschnationale Gerümpel seiner eigenen Ethnie. *breu*

entschuldigen. Eine öffentliche Diskussion der Ergebnisse des „Stadtteilforums Mülheim - Nord“ war nicht erwünscht.

Nach einer ausführlichen Darstellung der geplanten Projekte der Initiative Neue Arbeit (INA) auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofes Mülheim durch Michael Birkenbeul und den Ausführungen von Sengül Senol zur Haltung der PDS - Ratsgruppe in Köln kam es zu einer anregenden Diskussion mit den TeilnehmerInnen der Veranstaltung. Schnell wurde deutlich, dass die Stadt die Pläne der INA durch die Berufung auf das Emissionsgesetz und die Aufmotzung des Geländes als „Filetstück“ eingrenzen will. Am „Filet“ hat allerdings außer der INA bisher kein Industrieunternehmen Interesse angemeldet.

Der Vertreter der INA konnte allerdings auch falsche Erwartungen korrigieren. Die INA hat nicht vor – und es entspricht auch nicht ihren Vorstellungen – in Mülheim Massenarbeitsplätze zu schaffen. Ihr geht

es um neue Ansätze von Arbeit, die Arbeit, Wohnen und Freizeit miteinander verbinden und die ein Mindestmaß an Gemeinwohl garantieren. Wer mitmachen will, muss bestimmte Bedingungen im sozialen und ökologischen Bereich anerkennen. Die soziale Einbettung der Arbeit ist das Maß und nicht das Leistungsprinzip.

Um diese Vorstellungen nun in eine konkrete Phase überzuleiten und besser in die Realität umsetzen zu können, wird es am 28.6.01 zur Gründung einer Genossenschaft kommen. In ihr sollen auch diejenigen einen Platz finden, die kein Eigenkapital haben. Gespräche mit Finanzgebern darüber laufen bereits. Sengül Senol machte sowohl im Laufe der Veranstaltung als auch zum Schluss noch einmal deutlich, dass die PDS - Ratsgruppe die Vorstellungen und Projekte der INA unterstützen und dass sie sich auch im Stadtentwicklungsausschuss dafür stark machen werde.

Sengül Senol, Michael Kellner

■ Nippes

Antifaschismus bleibt ein Thema

Während der Nazidiktatur mussten sie in Nippesser Firmen Sklavenarbeit leisten, unter anderem bei Gummi Clouth.

Im Alter von 15 Jahren wurden sie aus ihrer Heimat verschleppt, in Sonderzügen zusammengepfertcht und nach Köln gebracht. Hier angekommen wurden sie unter Zwang desinfiziert und in Lagern ohne Betten und sanitäre Einrichtungen untergebracht.

Tausende Kilometer entfernt von ihren Familien mussten die jungen Mädchen hier Zwangsarbeit leisten ohne vernünftiges Essen. In der wenigen Zeit, in der sie nicht arbeiten mussten, war ihnen der Kontakt zu der Kölner Bevölkerung untersagt. Unter menschenunwürdigen Verhältnissen mussten sie in den Fabriken schuften, Fabriken, die Maschinen produzierten, mit denen wiederum Bomben gebaut wurden, um den Krieg gegen die Landsleute der Zwangsarbeiterinnen zu führen.

Über ihr Schicksal, welches ihnen vor ca. 60 Jahren widerfahren ist, berichteten drei ältere Frauen aus Polen Ende Mai im Bürgerzentrum Altenbergerhof in Nippes. Wer alte, gebrochene Menschen als Gäste erwartet hatte, sah sich getäuscht. Offen und herzlich war der Umgang der drei Frauen mit Besuchern und Organisatoren der Veranstaltung. Die Reise hierher machten die Frauen, weil sie Köln noch einmal sehen wollten, sie wollen sich noch einmal mit dem auseinandersetzen, was vor 60 Jahren geschehen ist. Sie wollten auch sehen, dass sich hier etwas verändert hat, und möchten das Unverständnis, welches in ihrer Heimat über die Verschleppung der „Entschädigungszahlungen“ herrscht, zum Ausdruck bringen. Durch die Veranstaltung konnte deutlich gemacht werden, dass Zwangsarbeit vor unserer Haustür stattfand.

Das Thema muss weiterhin im Stadtteil bearbeitet werden. In Nippes erinnert bis heute keine Tafel, kein Mahnmal an das Leid der ZwangsarbeiterInnen. Dies muss sich ändern und dafür wird die PDS offene Liste in der Bezirksvertretung zusammen mit Initiativen und Einzelpersonen aus dem Stadtteil kämpfen.

Darüber, wie die Arbeit weitergehen soll, werden wir am 19. 6. 01 um 19.30 Uhr im Raum 206 im Nippesser Rathaus diskutieren. Alle, die an lokaler antifaschistischer, linker Politik Interesse haben, sind herzlich eingeladen. *Michael Weisenstein*



Bei der Übergabe des Modells nutzten die Besucher die Möglichkeit, ihre Wünsche zu äußern. Foto: „Zug um Zug“

■ Ausstellung in Nippes

Wünsche an die Zukunft

Am 13. Juni wird im Bezirksrathaus Nippes eine ungewöhnliche Ausstellung eröffnet.

Gezeigt wird ein Reliefmodell des Kölner Rathauses, ca. 2 Meter hoch und 4 Meter lang. Wichtig ist dabei nicht die architektonische Präzision oder Schönheit, obgleich beide vorhanden sind. In die lange Mauer neben dem Rathausturm sind vielmehr eine Reihe von Sandsteinen eingepasst, ähnlich denen, aus denen das „echte“ Rathaus besteht. Und ähnlich wie an vielen Gebäuden in Köln prangen auf ihnen Schriftzüge.

Das Modell ist aber kein Fall für „KASA“, die Graffiti-Inquisitoren, sondern die Inschriften sind „Wünsche an die Zukunft Kölns“, aufgeschrieben von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Kräfte und von Einzelpersonen. Entstanden ist das Bauwerk als Auftragsarbeit des Evangelischen Stadtkirchenverbandes aus Anlass der Amtseinführung von zwei neuen Pfarrern im evangelischen Sozialwerk Anfang des Jahres.

Es soll symbolisieren, dass die Gestaltung der Zukunft Kölns ein Prozess ist, an dem sich viele Kräfte beteiligen.

Realisiert wurde die Grundidee von der Projektwerkstatt „Zug um Zug“ in der Geldernstrasse. Dort werden arbeitslosen Jugendlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in verschiedenen Baugewerken und der Textilverarbeitung

geboten.

Für seine eigene Zukunft wünscht sich „Zug um Zug“ vor allem die Möglichkeit, die Arbeit in der gewohnten Umgebung fortsetzen zu können. Seit dem Verkauf des ehemaligen Bahngeländes, auf dem die Werkstatt liegt, steht zu befürchten, dass der Investor alles daransetzt, dort eher profitträchtige Unternehmen anzusiedeln als gemeinnützige Initiativen.

Steht zu hoffen, dass die „Wünsche an die Zukunft Kölns“ nicht nur viele Besucher ins Nippesser Rathaus locken werden, die nachprüfen wollen, ob auch ihre Zukunftsträume dabei sind, sondern auch den Politikern Anregungen und Anstöße geben werden. **Die Ausstellung ist zu den Öffnungszeiten des Bezirksrathauses bis zum 10. Juli zu besichtigen.** hum

■ CSD in Ehrenfeld

Regenbogenfahne auf Bezirksrathaus

Wie im vergangenen Jahr soll nach dem Willen der Bezirksvertretung Ehrenfeld auch in diesem Jahr wieder eine Regenbogenfahne zum Christopher Street Day im Juli auf dem Bezirksrathaus wehen. PDS/OL-Vertreter Thomas Leber und die Grünen-Fraktion hatten einen gemeinsamen Antrag dafür eingebracht, der gegen die Stimmen der CDU verabschiedet wurde. Jetzt muss Oberbürgermeister Schramma nur noch zustimmen.

Auch in Lindenthal und Porz beschlossenen die Bezirksvertretungen, am CSD eine Regenbogenfahne als Zeichen der Toleranz zu hissen.

■ Ehrenfeld

Geld für Aktionen gegen Rassismus

Einstimmig bewilligten die Bezirksvertreter 16 700 DM für sieben Aktionen gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz. Außerdem soll der Sportler austausch zwischen Ehrenfeld und dem Istanbuler Stadtteil Kadykö mit 5 000 DM gefördert werden.

Weitere Unterstützung aus den bezirkseigenen Mitteln erhalten eine Reihe Kinder-, Theater- und Sportinitiativen.

■ AIDS-Prävention

Zusatzmittel freigegeben

Zusätzliche Mittel für die AIDS-Prävention in Höhe von 60.000,- DM hat der Finanzausschuss jetzt freigegeben. Damit erhalten vier Institutionen (pro familia Chorweiler, pro familia Hansaring, Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V. und Looks e.V.) die Möglichkeit, ihre Präventionsarbeit fortzusetzen.

■ Schülerticket

Einführung zum neuen Schuljahr

Ab dem 1. August 2001 können alle ca. 60.000 Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen für 25,- DM monatlich ein Schülerticket bekommen. Es gilt im gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg zu beliebigen Fahrten zu jeder Zeit, also auch an Wochenenden, an Feiertagen und in den Schulferien.

Die bisher freifahrtberechtigten Schüler (Entfernung zur Schule mehr als 3 km) müssen jetzt ebenfalls ein Schülerticket kaufen, das 20,- DM für das erste berechnete Kind und 10,- für das zweite kostet. Weitere freifahrtberechtigte Kinder einer Familie und Schülerinnen und Schüler, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, erhalten das Ticket umsonst.

Der Stadt entstehen durch die Einführung des Schülertickets Mehrausgaben in Höhe von einer bis 1,3 Millionen DM jährlich.

Neben einer erhöhten Mobilität der Schülerinnen und Schüler (schnell mal in der Freistunde zum Mediamarkt oder zu Saturn) soll das Schülerticket auch die Akzeptanz des öffentlichen Nahverkehrs bei den Jugendlichen fördern.

■ Kölner Sozialbericht

Neuaufgabe zugesichert

Anfang Mai hatte die PDS/Offene Liste im Sozialausschuss angefragt, wann in Anlehnung an den von der Bundesregierung herausgegebenen Armuts- und Reichtumsbericht für Köln mit einer Fortschreibung des 1998 vorgelegten Sozialberichtes zu rechnen ist.

Jetzt liegt die Antwort der Verwaltung vor, in der für „Ende des Jahres“ eine Fortschreibung zumindest des ersten Teilberichtes (Sicherung des Lebensunterhaltes und Einkommenssituation) in Aussicht gestellt wird.

Außerdem werde geprüft, inwieweit die Situationsanalyse des Regierungsberichtes auf kommunale Ebene übertragbar ist. Allerdings ist die Verwaltung der Auffassung, dass schon die bisherige Kölner Sozialberichterstattung eine gute Grundlage für Mittelbereitstellung und Konzepte der regionalen Schwerpunktsetzung bildet.

Gelobt wird in der Antwort auch, dass sich die Zusammenarbeit mit der Kölner Armutskonferenz, nach anfänglichen Problemen jetzt „positiv entwickelt“ habe. Im Rahmen von „Fachkonferenzen“ könnte die „fachliche Beratungskompetenz“ der Armutskonferenz „kontinuierlich in den Meinungsbildungsprozess“ einfließen. Ob's wohl auch ein paar sachdienliche Forderungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sein dürfen?

In einem jedoch muss die Verwaltung passen, sagt sie, denn: „Die Darstellung

Keine guten Erinnerungen an Köln

Kürzlich war eine Delegation mehrerer Zwangsarbeiter in Köln. Ratsmitglied Sengül Senol hat sie in ihrem Hotel besucht und neben vielen auch mit Helena Bialinska und Wladyslaw Pertniewicz Gespräche geführt.

Bei beiden handelt es sich um typische Einzelschicksale von Zwangsarbeitern in Deutschland während der Nazi-diktatur. Helena Bielinska wurde mit 15 Jahren nach Deutschland verschleppt. Sie musste in der Rüstungsindustrie arbeiten und lebte im Lager Burghof in der Friedrichstraße in Nippes. Sie selber bezeichnet die Jahre in Köln als die schlimmsten in ihrem Leben. Mit Tränen in den Augen erzählte sie von ihren schrecklichen Erlebnissen. Auch eine Entschädigung sei nicht in der Lage, das Geschehene wett zu machen.

Letzteres war auch die Kernaussage von Herrn Wladyslaw Pertyniewicz. Der mittlerweile 88-jährige Rechtsanwalt erzählte insbesondere von den unmenschlichen



Sengül Senol (rechts stehend) mit den polnischen Gästen.

Arbeitsbedingungen. Er habe jeden Tag von 6 Uhr morgens bis 18 Uhr abends in einem Rüstungsbetrieb arbeiten müssen. Stets habe er nur soviel Nahrung erhalten, um gerade eben nicht zu verhungern.

Von seinen Lagermitinsassen habe er nur deshalb als einziger überlebt, weil er rechtzeitig zu den US-Amerikanern geflüchtet ist. Trotz allem bleibt festzuhalten, dass alle Delegationsmitglieder die hoffentlich bald zur Auszahlung kommende Entschädigung als einen Schritt zur weiteren Aussöhnung betrachten. *sen*

der Reichtums- bzw. der Einkommensverteilung in Köln auf der Grundlage von kommunal verfügbaren und auswertbaren Daten ist nur in sehr eingeschränktem Maß möglich“. Schade eigentlich, aber im Gegensatz zu den finanziellen Verhältnissen von Sozialhilfeempfängern sind die von Millionären und Konzernen halt entschieden daten- und grundgesetzgeschützter. Und so können wir nur auf den „Kommunalen Mikrozensus“ hoffen, der zukünftig „erstmalig Aussagen in begrenztem (!) Umfang zulassen“ und in die „Berichterstattung einfließen“ wird.

Die PDS/Offene Liste fordert allerdings auch weiterhin jährliche Auskunft über die soziale Lage in Köln, um Grundvoraussetzungen zu schaffen, dass dringend erforderliche kommunale und stadtteilbezogene Maßnahmen zur Bekämpfung von Armutsfolgen entwickelt werden können. *hum*

Termine

Jeden Mittwoch, 18.00 Uhr: Offener Treff der PDS Offene Liste mit allen Freunden und Interessierten zur laufenden Arbeit im Rat und den Bezirksvertretungen im Ratsbüro, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3.

22. – 24. Juni: UZ-Pressesfest im Revierpark Dortmund-Wischlingen

■ Veranstaltungen

Am 21. Mai 2001 spielte im Arkadas Theater in Ehrenfeld das Putzfrauen-Kabarett „Scharfe Rosinen“. Es handelt sich dabei um das einzige Migrantentheater in NRW. Neben vielen Zuschauern nahm Sengül Senol für die PDS-OL teil. Das Stück „Scharfe Rosinen“ handelt von dem Leben der Migranten in Deutschland und ist bis zur Sommerpause zu sehen.

Am 26. Mai fand in der Arena Oberhausen eine euroweite kulturpolitische Veranstaltung statt, an der ca. 8000 Personen teilnahmen. Die Veranstaltung fand zu Ehren des Sozialisten Ibrahim Kaypakkaya statt, der in einem türkischen Gefängnis durch Folter ums Leben kam. Sengül Senol nahm für die PDS-OL teil. Ihr Grußwort wurde verlesen.

Vom 2. Juni bis zum 4. Juni fanden die türkisch-deutschen „Büchertage“ in Zusammenarbeit mit der VHS Köln statt. Organisiert wurden diese von der Tageszeitung Evrensel sowie den türkischen Arbeitervereinen (DIDF). Sengül Senol nahm für die PDS-OL an der Eröffnung der Büchertage teil und informierte die Besucher durch einen Info-Stand über die Arbeit der PDS. Höhepunkt der Veranstaltung war die Lesung des Schriftstellers Erasmus Schöfer aus seinem neuesten Buch.

Sengül Senol